

An die
Teilnehmer der Podiumsdiskussion
am 22. August 2013
in Schmalensee

Schmalensee, den 27.08.2013

Betr.: Ihr Besuch in Schmalensee am 22. August 2013

Sehr geehrter Herr Eberhard,
sehr geehrter Herr Grube,
sehr geehrter Herr Stoltenberg,
sehr geehrter Herr Thönnies,

die Worte und die Stimmung des Abends unserer Podiumsdiskussion mit Ihnen hier in Schmalensee klingen noch in mir nach. Die Diskussion war so lebhaft und dicht, dass vieles von dem, was angesprochen wurde, offen im Raum geblieben ist. Dies war angesichts des so weitreichenden Themas *Energiepolitik* nicht anders zu erwarten. Dieser Umstand weckt daher in mir den Wunsch nach einem persönlichen Resümee, an dem ich Sie hiermit teilhaben lassen möchte.

Ich schreibe Ihnen diese Zeilen als Privatperson sowie als Aktive der **Bundesinitiative Vernunftkraft.**, der ich mich zum Zeitpunkt ihrer Gründung, Ende Juni 2013, angeschlossen habe.

Der Abend des 22. August war für mich insofern sehr aufschlussreich, als dass ich nun die Positionen der durch die anwesenden vertretenen Parteien zur Energiewende besser einschätzen kann. Spürbar war auch bei den meisten von Ihnen, eine ernsthafte Motivation, mit dem anwesenden, der Errichtung eines Windindustriegebietes bei uns kritisch gegenüber stehenden Teil der Bürgerschaft von Schmalensee, ins Gespräch kommen zu

wollen – die Befürworter eines Windindustriegebietes in Schmalensee waren der Veranstaltung ja leider zum aller größten Teil ferngeblieben. Ich denke, dass auch Sie bemerkt haben, dass sich mit Kritikern der Energiewende durchaus reden lässt. Ich hatte auch den Eindruck, dass Sie etwas mitnehmen wollten und konnten, wie zum Beispiel, dass man unbedingt mit uns reden muss, dass man sich über die Situation vor Ort informieren muss, um unsere Nöte zu begreifen, so wie es Herr Thönnnes im Anschluss an den öffentlichen Teil des Abends getan hat.

Wir konnten ihm unsere Erfahrungen schildern, zum Beispiel wie wir auf Ämtern der Gemeinden, des Kreises und des Landes hingehalten, überhaupt nicht oder gar fehlinformiert werden; mit welchen Mitteln der Verschleierung die Gestaltung des Regionalplans betrieben wurde; dass sein (Herrn Thönnnes') Hinweis, jeder Bürger könne letztendlich ein Klageverfahren durchführen, an der Realität vorbei geht (siehe Rosamunde Pilcher) – welcher Bürger kann es sich schon leisten, den juristischen Beistand zu finanzieren, der notwendig wäre, um sich einem durch EEG-Umlage finanzkräftigen Investor entgegenzustellen? Wir fragten ihn: Weshalb wurden die Bürger nicht von Anfang an über das Für und Wider der Windenergie informiert, um sie an dieser Entscheidung z.B. über das Instrument des Bürgerentscheides zu beteiligen? So wie das jetzt bzgl. der schnellen Glasfasernetze geschieht, für deren Realisierung eine weitreichende (weil auch finanzielle) Bürgerbeteiligung essentiell ist. Weshalb haben Bürgerentscheide in Schleswig-Holstein eine Gültigkeit von nur zwei Jahren? (In einigen Gemeinden, in denen sich die Bürger vor eineinhalb Jahren gegen eine Ausweisung einer Windenergiefläche ausgesprochen hatten, stehen die Investoren bereits jetzt wieder vor der Tür und machen Druck).

Mein Resümee: In unserer Gesellschaft fehlt das Bewusstsein für Transparenz und Bürgernähe, jedenfalls in den Fällen, bei denen mit einer eher kritischen Haltung zu rechnen ist! Mag sein, dass auch der Wille geschwächt ist, die Bedürfnisse der Bürger über die Interessen von Wirtschaftsunternehmen zu stellen.

Ihr Plädoyer für den Kreistag in Ehren, Herr Eberhard, aber wie Sie wissen auch wir, dass in den Gremien großer Organisationen (was Kreise nun einmal sind) Entscheidungen getroffen werden, die auf den unteren Ebenen von langer Hand vorbereitet wurden. Die Einflussmöglichkeiten auf diesen unteren, vorbereitenden Ebenen sind enorm. Wer würde denn schon versuchen, unmittelbar auf Kreistageebene in den Entscheidungsprozess eingreifen zu wollen? Kreispolitiker sind, ob sie das nun wollen oder nicht, eben doch „nur“ – bitte entschuldigen Sie dieses Bild – mittelbar ein Spielball von Lobbyisten. Ihnen wird suggeriert, mitzugestalten, werden Pläne zur Diskussion mit anschließender Abstimmung vorgelegt, sorgfältig ausgearbeitete Pläne, die die Handschrift von Interessenvertretern tragen. Nichts anderes geschieht in Gemeindevertretungen. Die meisten unserer Gemeindevertreter in Schmalensee wussten nicht einmal, dass es um 150 m hohe Anlagen ging, als sie ihre Hand für die Ausweisung der Fläche hoben. Windkraftträder waren für sie solche, die sie über den Schmalensee sehen können, wenn sie Richtung Alt-Bokhorst/Schillsdorf blicken, weit weg und „nur“ 100 m hoch. Selbst Schuld könnten Sie uns, nicht

ganz zu Unrecht, vorwerfen. Wollen Sie hier aber immer noch daran festhalten, dass dies formal korrekt sei? Hat nicht auch unser ehemaliger Bundespräsident Wulff formal juristisch korrekt gehandelt? Sein Rücktritt unterstreicht, dass auch moralische Aspekte in der Politik ihre (berechtigte!) Bedeutung haben. Uns Bürgern wird vorgeworfen, sich nicht informiert zu haben. Aber Gemeindevertreter dürfen abstimmen, ohne zu wissen, worüber und sich (wenn zugelassen, durchaus formal korrekt) auch als Befangene (weil Flächen-eigner) an denen zur Entscheidung führenden Diskussionen beteiligen. Gegen Täuschung hilft eben nur Nachfragen, aber das ist anstrengend und unbequem. Man fällt aus der Rolle und letztendlich aus der Gemeinschaft. Außenseiter haben es schwer, sind nicht erwünscht. Bedauerlich, dass die Rolle des kritischen Querdenkers in unserer Gesellschaft so wenig geschätzt ist.

Auch wenn Sie, Herr Thönnies, von rund 7000 Arbeitsplätzen in der Windindustrie sprechen, so werben Sie für Windbeutel, fett aber ohne nachhaltige Sättigung. Sobald die kurze Phase der Bautätigkeit abgeschlossen sein wird, werden diese Arbeitsplätze obsolet, auch die in den Büros der Planer und Gutachter im Hintergrund. Es sei denn die Landesregierung beabsichtigt eine dritte Regionalplanungsrunde, um sich im eigenen Rekord von 1,7% selbst zu übertreffen. Womöglich schafft sie sich gerade die Argumentationsstrategie dafür, nämlich keine Arbeitsplätze aufs Spiel setzen zu wollen. Ein Wind-industriegebiet ist angeblich nicht wartungsintensiv. Das Wort EEG-UMLAGE ist bei den Investoren groß und fett, das Wort SERVICE hingegen klein und dünn gedruckt. Über den Unsinn eines planwirtschaftlichen Konzeptes der Subventionierung von Windkraft als einer etablierten Technologie konnten wir an jenem Abend ausführlich diskutieren.

Über den Naturschutz hingegen wurde m. E. zu wenig gesprochen. Wenn Sie sich, Herr Stoltenberg, als Landesvorsitzender der GRÜNEN damit entschuldigen, Naturschutz in Verbindung mit Windkraft sei nicht Ihr Schwerpunkt, dann bin ich enttäuscht. Existiert dieses wichtige Thema in den Köpfen der grünen Politiker überhaupt noch? Die GRÜNE Partei hat einst den Naturschutz in die Politik getragen, hat sich mit Hilfe dieses Themas eine starke Position in den Regierungen geschaffen und opfert den Naturschutz jetzt auf der Schlachtbank ihrer, mit Verlaub, nur noch ideologisch begründeten Energiepolitik. Irgendwo hörte ich jemanden sagen, was die GRÜNEN u.a. auszeichnet, sei die Unfähigkeit zur Empathie, die uns mit der Natur und ihren Lebewesen verbindet. Das Grün ist verblasst. Auch wenn Sie mein Resümee vermutlich empören wird, Ihre Partei sollte über eine neue Farbgebung nachdenken – hinsichtlich ihres Verhältnisses zu Industrie und Natur zeigt die neue Stilberatung ja leider schon Wirkung.

Was Sie, Herr Grube als Vertreter der PIRATEN, mit uns verbindet, ist das Selbstverständnis, Teil einer Bewegung zu sein. Auch die GRÜNEN waren einst eine Bewegung. (Man muss feststellen, dass parlamentarische Arbeit offenbar unbeweglich macht.) Ich wünsche Ihnen, dass Sie sich Ihre Beweglichkeit lange bewahren können und nutzen Sie sie, sich kritisch mit Ihrem Konzept zur Energiewende auseinanderzusetzen. Es hat es nötig! Die **Bundesinitiative Vernunftkraft** unterstützt Sie dabei gerne.

Wie von Herrn Grube angesprochen, reisten im vergangenen Oktober Vertreterinnen der Schmalenseer Bürgerinitiative zum Energiewendeminister Dr. Habeck nach Kiel. Im Gepäck hatten sie eine Petition, die rund 45 % der wahlberechtigten Bürger von Schmalensee unterzeichnet hatten. Darin baten wir um die Chance auf ein Bürgerbegehren zur Flächenausweisung, dem laut unserem Rechtsanwalt über einen Ministererlass zu dem Zeitpunkt noch hätte stattgegeben werden können. Schließlich sollte laut Landesregierung keine Ausweisung gegen den Willen der Bürger getroffen werden. Diese Petition mitsamt Unterschriftenlisten ging auf dem Postweg vom Energieministerium in die Staatskanzlei verloren. Dort jedenfalls ist sie nie angekommen. Damals baten wir Herrn Dr. Habeck um einen Vermittler (= Mediator), weil wir den Frieden in der Gemeinde gefährdet sahen. Wie die Petition ist auch dieser Wunsch zwischen den Mülsteinen der Kieler Ministerien verloren gegangen.

Nun ist dieser Zeitpunkt leider verpasst. So kommt ihr Vorschlag für eine Mediation vorerst zu spät bzw. zu früh. So wie Sie den Begriff *Kompromiss* verwendet haben, empfand ich dies lediglich als einen Appell an uns Gegner, doch endlich einzulenken. Der einzig gute Weg zu einem Kompromiss, nämlich ein Diskurs zwischen den verschiedenen Interessengruppen ohne zeitlichen Druck und mit Offenlegung aller Daten, wird aktuell von Seiten des Investors kontinuierlich untergraben. Dazu müsste der Investor erst einmal ganz außen vor bleiben, was durchaus im Sinne der vielgepriesenen Gemeindeförderung läge, jedoch aufgrund der Interessenverstrickungen mit Landeignern ohne eine Veränderungssperre kaum möglich sein wird.

Eine Mediation bewegt sich in erster Linie auf der Gefühlsebene, das heißt sie dient dazu, die Enttäuschungen, Verletzungen und Aggressionen in oder nach einem Konflikt aufzudecken und ggf. aufzulösen. Das werden wir benötigen, wenn dieser Prozess, wie immer er auch ausgehen mag, abgeschlossen sein wird. Kompromiss wird oft mit Konsens verwechselt. Bei einem Kompromiss - und etwas anderes, wenn überhaupt, kann es hier nicht geben - gibt es immer Verlierer. Ich fürchte, dass es dann jedoch niemanden mehr interessieren wird, die Verlierer *emotional* wieder ins Boot bzw. die Gemeinde zu holen.

Ein letzter Punkt, den ich noch machen möchte: Während der Podiumsdiskussion bemerkte einer der Podiumsteilnehmer (vermutlich in dem durchaus verständlichen Wunsch der Konsensfindung auf kleinstem gemeinsamen Nenner), dass wir doch alle für Windkraft wären. Ich persönlich möchte mich hiermit von dieser kollektiven Vereinbarung distanzieren. Ich habe mich in den vergangenen Monaten mit diesem Thema intensiv auseinandergesetzt und bin dabei zu einer Kritikerin dieser Technologie geworden, nicht zuletzt auch auf dem Hintergrund der Vehemenz und Rücksichtslosigkeit, mit der die Windindustrialisierung in Deutschland politisch durchgesetzt wird.

Herr Thönnies, Sie erwähnten einen Parteigenossen, der sich während der Anfänge der Kernenergie voll Überzeugung für diese, im Vergleich zu den damals in Betrieb befindlichen „Dreckschleudern“ von Kohlekraftwerken, „saubere“ Form der Energiegewinnung eingesetzt hatte – man wusste eben noch nichts über die Langzeitfolgen von Kernenergie

und statistisch gesehen, waren die möglichen Risiken eines GAUs nahezu nicht vorhanden. Heute wissen wir es besser und bzgl. der Windenergie ebenso wenig wie damals über die Atomenergie. Wäre es nicht an der Zeit, endlich aus diesen Erfahrungen, dass *Nicht-Wissen* keine gute Basis für solch weitreichende Entscheidungen darstellt, zu lernen? Dabei warnten und warnen Wissenschaftler, damals vor der Atomenergie wie heute vor der Windenergie, wegen der schädlichen Folgen für Mensch und Natur. Solange diese wissenschaftlichen Erkenntnisse unbeachtet bleiben, dürfen sich die beteiligten Entscheidungsträger, damals wie heute, dem Vorwurf des *Nicht-Wissen-Wollens* nicht einfach entziehen.

Ich bin für eine vernünftige Energiewende, bürgernah, sozial- und naturverträglich, nachhaltig und für den Wohlstand der Menschen, die in diesem Land leben, was ich mir auch ohne Windindustrie gut vorstellen kann. Ich bin und bleibe trotzdem ein Mensch und bewege mich mit dieser Einstellung auf legalem Gelände, was man in Deutschland betonen muss, um der Diskriminierung Einhalt zu gebieten. Ich weiß, es gehört Mut dazu. Ich habe auch eine Weile für dieses *Coming-out* gebraucht. Aber wenn man es geschafft hat, weiß man, auf dem richtigen Weg zu sein. Versuchen Sie es einmal!

Vielen Dank, dass Sie zu uns gekommen sind.

Mit freundlichen Grüßen,



(Dr. Antonia Fehrenbach)

